

Medienmitteilung

Volksabstimmung vom 24. September 2006

Die Parolen des Gewerbes

Der Vorstand des Kantonalen Gewerbeverbandes Schaffhausen (KGV) hat die am 24. September 2006 zur Abstimmung gelangenden Vorlagen geprüft und Abstimmungsempfehlungen erarbeitet. Das Gewerbe empfiehlt die Annahme des neuen Schaffhauser Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz. Die auf eidgenössischer Ebene zur Abstimmung gelangende Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ (KOSA-Initiative) lehnt er jedoch entschieden ab.

Nein zur KOSA-Initiative

Die Initiative verlangt, dass der Reingewinn der Nationalbank in den Ausgleichsfonds der AHV fliessen soll, vorbehalten bleibt ein jährlicher Anteil der Kantone von einer Milliarde Franken.

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab und haben einen indirekten Gegenvorschlag erarbeitet, der von beiden Kammern des Parlamentes gutgeheissen wurde. Dieser sieht vor, dass der dem Bund zufallende Anteil am Erlös aus dem Verkauf des von der Nationalbank für die Währungspolitik nicht mehr benötigte Gold (rund 7 Mia. Franken) dem Ausgleichsfonds der AHV zugewiesen werden soll, sofern die Initiative abgelehnt wird.

Dem Ziel der Initiative, die Gesundung der AHV anzustreben, kann grundsätzlich beigepflichtet werden. Die Initiative selber weist jedoch grundlegende Fehler auf. So löst sie das Grundproblem der AHV nicht und sie wäre nur ein „Tropfen auf einen heissen Stein“. Unser Kanton müsste die nächsten 5 Jahre auf jährliche Einnahmen von 6.6 Mio. verzichten. Diese Ausfälle könnten nicht einfach so kompensiert werden sondern müssten wohl mit Leistungsabbau oder Steuererhöhungen aufgefangen werden. Weiter würde die Initiative die Unabhängigkeit der Nationalbank beeinträchtigen und dazu führen, dass diese sozialpolitische Aufgaben übernehmen müsste. Es wäre dies eine weltweit einzigartige Vermischung von Geld- und Sozialpolitik. Damit würde die Glaubwürdigkeit der Nationalbank vermindert und der damit verbundene Vertrauensverlust in die Wirtschaft und in den Finanzplatz Schweiz könnte gravierende ökonomische Konsequenzen haben.

Das Gewerbe wertet diese Initiative als eine reine Mogelpackung und Geldumverteilung und lehnt sie klar ab.

Für weitere Auskünfte
Renato Brunetti
Telefon 052 632 40 40
r.brunetti@gewerbe-sh.ch

22.8.2006